

Leitlinien
für faire und gerechte internationale
Partnerschaften
am IZW

*Ein lebendiges Dokument –
das regelmäßig überprüft und weiterentwickelt wird*

Stand: 15. September 2026

Inhaltsverzeichnis

1. Faire internationale Partnerschaften – Zusammenfassung	2
2. Einleitung.....	4
3. Grundsätze fairer Zusammenarbeit.....	7
4. Aufbau von Partnerschaften	9
4.1. Frühzeitige Identifizierung und Einbindung lokaler Forschenden und Institutionen.....	9
4.2. Gewährleistung eines gerechten Zugangs zu Ressourcen und Finanzmitteln	11
4.3. Machtungleichgewichte erkennen und angehen.....	12
5. Ethische und rechtliche Gesichtspunkte.....	13
5.1. Erkennung der Lücke: Problem und Vision.....	13
5.2. Einhaltung lokaler und internationaler Rahmenbedingungen.....	13
5.3. Die Herausforderung bei Unteraufträgen und des Dateneigentums.....	13
5.4. Datenaustausch, Urheberschaft und geistiges Eigentum.....	14
5.5. Gerechte Aufteilung der Vorteile über genetische Ressourcen hinaus	15
5.6. Der Weg in die Zukunft: Transparenz, Gerechtigkeit und Rechenschaftspflicht	15
6. Kapazitätsaustausch und Nachhaltigkeit	17
7. Sprache und Kommunikation.....	19
7.1. Vermeidung kolonialistischer und paternalistischer Sprache.....	19
7.2. Förderung von Mehrsprachigkeit, Barrierefreiheit und inklusiver Kommunikation	20
7.3. Sprache, Offenheit und kontinuierliches Lernen.....	21
8. Kontinuierliches Lernen für bessere und fairere Partnerschaften	22
8.1. Mechanismen zur Bewertung von Partnerschaften.....	22
8.2. Konfliktlösung.....	22
8.3. Engagement für kontinuierliche Verbesserung.....	23
9. Literaturverzeichnis	24

1. Faire internationale Partnerschaften – Zusammenfassung

Internationale Forschungskooperationen bieten viele Chancen, sind jedoch nicht immer fair. Dies gilt insbesondere für Partnerschaften zwischen Ländern mit hohem Einkommen (Globaler Norden/Länder der globalen Minderheit) und Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen (Globaler Süden/Länder der globalen Mehrheit), bei denen lokale Partnerorganisationen in der Vergangenheit oft weniger in wissenschaftliche Kooperationen eingebunden waren und weniger von den Forschungsergebnissen profitiert haben. Mit diesen Leitlinien möchte das Leibniz-Institut für Zoo- und Wildtierforschung (IZW) gerechtere Kooperationen fördern, bei denen alle Partnerorganisationen gleichermaßen einbezogen und respektiert werden und von ihrer Arbeit profitieren.

Im Mittelpunkt fairer Partnerschaften steht der Gedanke, als gleichberechtigte Projektbeteiligte zusammenzuarbeiten. Wir raten dazu, alle Partnerorganisationen von Beginn an in die Gestaltung von Forschungsprojekten einzubeziehen, einschließlich der Festlegung von Zielen, der Entscheidungsfindung und der Aufteilung von Verantwortlichkeiten. Wir empfehlen, unterschiedliche Perspektiven, einschließlich lokalen, kulturellen und wissenschaftlichen Wissens, als gleichwertig anzuerkennen und zu würdigen.

Fairness erfordert zudem Transparenz und Offenheit in Bezug auf Ressourcen, Finanzierung und Rollen innerhalb eines Projekts. Wir empfehlen, dass die Projektbeteiligte gemeinsam erörtern, wie die Mittel verteilt werden, und sich auf transparente Weise über Rollen und Verantwortlichkeiten einigen. Es ist hilfreich, bestehende Meinungsunterschiede offen anzuerkennen und aktiv darauf hinzuarbeiten, diese zu verringern.

Ein zentraler Aspekt einer gerechten Zusammenarbeit ist die faire Aufteilung von Daten und Ergebnissen, sowie die angemessene Anerkennung der Beiträge aller Beteiligten. Wir schlagen vor, in Partnerländern gesammelte Daten als gemeinsame Ressource und nicht als alleiniges Eigentum einer Institution zu behandeln. Wir empfehlen, alle relevanten Beiträge zur Forschung angemessen anzuerkennen— etwa durch Beiträge zum Studiendesign, zur Feldforschung, zur Analyse oder durch lokales Wissen, gegebenenfalls auch durch Mitautorenschaft. Über Veröffentlichungen hinaus sollte auch berücksichtigt werden, welche konkreten Vorteile Kooperationen für die Projektbeteiligten schaffen können, beispielsweise durch Fortbildungsmöglichkeiten, Unterstützung beim Ausbau der Infrastruktur und die Einbindung lokaler Gemeinschaften.

Anstatt sich ausschließlich auf „Kapazitätsaufbau“ (capacity building) als einseitigen Wissenstransfer zu konzentrieren, schlagen wir vor, den Schwerpunkt auf „Kapazitätsaustausch“ (capacity sharing) als gegenseitigen Lern- und Wissensaustausch zu legen. Da alle Projektbeteiligte wertvolles Fachwissen in die Zusammenarbeit einbringen, sollte der Lernprozess in beide Richtungen stattfinden. Die Förderung langfristiger Forschungskapazitäten und die Stärkung lokaler Strukturen sind wichtige Ziele für eine nachhaltige Zusammenarbeit.

Auch Sprache und Kommunikation spielen eine wichtige Rolle bei der Gestaltung von Partnerschaften. Wir empfehlen den Gebrauch einer respektvollen, inklusiven und barrierefreien Sprache, um Gleichberechtigung zu fördern. Dazu gehört, paternalistische

Begriffe zu vermeiden, lokales und indigenes Wissen wertzuschätzen und Forschungsergebnisse, wo immer möglich, in verschiedenen Sprachen und Formaten zugänglich zu machen.

Schließlich erfordern faire Partnerschaften eine langfristige Perspektive und die Bereitschaft zum kontinuierlichen Lernen. Wir empfehlen, Kooperationen aufzubauen, die auf Vertrauen und gegenseitigem Verständnis im Laufe der Zeit beruhen. Regelmäßige Reflexion, offene Kommunikation und konstruktive Konfliktlösung können dazu beitragen, dass Partnerschaften fair, relevant und effektiv bleiben.

Wichtige Kernaussagen:

- Faire Partnerschaften zielen darauf ab, Entscheidungsfindung, Führung und Verantwortung zu teilen
- Projekte sollten von Beginn an gemeinsam entwickelt werden, mit klaren und gemeinsamen Zielen
- Daten, Anerkennung und Vorteile sollten fair unter allen Partnerorganisationen aufgeteilt werden
- Die Zusammenarbeit sollte auf gegenseitigem Lernen und dem Austausch von Kompetenzen beruhen
- Eine inklusive und respektvolle Sprache fördert gerechte Partnerschaften
- Langfristiges Engagement, Reflexion und Anpassung sind für den Erfolg unerlässlich

2. Einleitung

Grenzüberschreitende Forschungskooperationen können allen Beteiligten eine Vielzahl von Chancen und Vorteilen bieten, bringen aber auch Herausforderungen mit sich. Der Aufbau und die Aufrechterhaltung fairer und gleichberechtigter Partnerschaften sind entscheidend, um sicherzustellen, dass Forschungsergebnisse für alle Seiten von Vorteil sind und mit größerer Wahrscheinlichkeit die gewünschten Wirkungen erzielen.

Gerechte wissenschaftliche Partnerschaften sind Kooperationen, die eine faire Beteiligung aller Partnerorganisationen, gegenseitiges Vertrauen und Respekt sowie den Wissensaustausch fördern und allen Beteiligten zugutekommen. Sie zielen darauf ab, gemeinsame Ergebnisse, Anerkennung und Vorteile fair zu teilen ^(1–3). Jede Partnerorganisation sollte gleichberechtigt an Entscheidungsprozessen beteiligt sein und Zugang zu den sich aus der Zusammenarbeit ergebenden Vorteilen haben. Gleichberechtigung bedeutet dabei, die unterschiedlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und Ressourcen aller Projektbeteiligten zu berücksichtigen und gleichzeitig die Grundsätze des gegenseitigen Nutzens und gemeinsamer Entscheidungen zu wahren.

Ungleiche wissenschaftliche Partnerschaften bestehen schon seit langem und reichen bis in die Kolonialzeit zurück. In Amerika, Asien und Afrika unternahmen europäische Entdecker und Naturforscher Expeditionen in Übersee, um lokale natürliche Ressourcen zu sammeln, zu beschreiben und zu erforschen, ohne dabei notwendigerweise darauf abzielen, die Lebensgrundlagen der lokalen Bevölkerung zu verbessern, positive Auswirkungen auf die lokalen Ökosysteme zu erzielen oder Forschungsergebnisse und Vorteile zu teilen ^(4–7). „Parachute Science“, auch als (neo)koloniale Wissenschaft bezeichnet, beschreibt die moderne Praxis, bei der Wissenschaftler*innen aus Industrieländern (oft als „Globaler Norden“ oder „globale Minderheit“ bezeichnet) in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen (oft als „Globaler Süden“ oder „globale Mehrheit“ bezeichnet^a) Forschung betreiben, wobei der Schwerpunkt häufig auf der Datenerhebung liegt. Dabei werden gerechte Partnerschaften häufig nicht ausreichend berücksichtigt oder aufgebaut, und lokales Wissen, lokale Kapazitäten und Fachkenntnisse werden im Rahmen von Forschungs- oder Naturschutzprojekten nicht angemessen anerkannt und genutzt ^(8,9).

Zwar wurden bei diesen Kooperationen Fortschritte in Richtung einer gegenseitigen wissenschaftlichen Entwicklung und Anerkennung erzielt, beispielsweise durch die Grundsätze des Zugangs und des Vorteilsausgleichs im Nagoya-Protokoll ⁽¹⁰⁾, doch bestehen weiterhin zahlreiche Herausforderungen. Dies gilt insbesondere für langfristige Projekte, die Finanzierung und den Umgang mit dem Eigentum an Daten. Viele Projekte erfordern ein langfristiges Engagement, während Fördermöglichkeiten, beispielsweise durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und das Bundesministerium für Forschung, Technologie und

^a Der Begriff „Länder der globalen Mehrheit“ wird von [OXFAM](#) vorgeschlagen, um den zwar weiter verbreiteten, aber oft umstrittenen Begriff „Globaler Süden“ zu vermeiden. Mit Ländern der globalen Mehrheit sind hauptsächlich Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen gemeint. Wir übernehmen hier diesen Begriff und gehen davon aus, dass Länder der globalen Mehrheit wahrscheinlich über weniger gut entwickelte wissenschaftliche (Infra-)Strukturen verfügen als Länder der globalen Minderheit.

Raumfahrt (BMFTR), häufig zeitlich begrenzt sind. Obwohl diese Projekte Wissenschaftler*innen auf unterschiedliche Weise zugutekommen können, sind ihre beabsichtigten Wirkungen auf lokale Gemeinschaften und Ökosysteme – oft ein vorrangiges Ziel der Naturschutzbiologie – sowohl hinsichtlich ihres Umfangs als auch ihrer Dauer begrenzt. Zudem stellt der Umgang mit Daten aufgrund unterschiedlicher Vorschriften in den einzelnen Ländern und bei den jeweiligen Förderorganisationen häufig eine Herausforderung dar. Das Dateneigentum liegt oft bei Institutionen in einkommensstarken Ländern, die weltweit in der Minderheit sind, und die Daten werden über Open-Data-Richtlinien auch Institutionen zur Verfügung gestellt, die nicht am Projekt beteiligt waren. Dies bringt den Ländern, aus denen die biologischen Ressourcen stammen, oft nur wenig direkten Nutzen (siehe Kapitel 5).

Aus diesen Gründen konzentrieren sich die in diesem Dokument dargelegten Leitlinien auf Partnerschaften zwischen dem Leibniz-Institut für Zoo- und Wildtierforschung (IZW) und Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen in der globalen Mehrheit. Hintergrund ist die grundlegende Asymmetrie der finanziellen und infrastrukturellen Ressourcen zwischen dem IZW und diesen Ländern. Dieses Dokument lässt sich wahrscheinlich auch auf andere Forschungs- und akademische Einrichtungen in Ländern mit hohem Einkommen der globalen Minderheit übertragen, sofern es an die jeweiligen institutionellen und nationalen Rechtsvorschriften angepasst wird.

Wie von Asase *et al.* (2022)⁽⁶⁾ vorgeschlagen, soll die Praxis der „Parachute Science“ durch eine wirklich gelebte „globale Wissenschaft“ ersetzt werden. Dies bedeutet einen kooperativen und interdisziplinären Ansatz für wissenschaftliche Forschung und Entdeckung, der nationale und regionale Grenzen überschreitet und den gegenseitigen Austausch von Wissen, Ressourcen und Fachkenntnissen zwischen Wissenschaftlern aus aller Welt in den Vordergrund stellt, um komplexe globale Herausforderungen anzugehen.

Das IZW unterhält zahlreiche aktive Kooperationen mit Partnern weltweit. Diese Partnerschaften sind vielfältiger Natur und spiegeln die Vielfalt der Menschen und Projekte am IZW wider. Viele unserer internationalen Kooperationen finden in Ländern der globalen Mehrheit statt, deren wissenschaftliche Infrastruktur oft weniger gut ausgebaut ist als in Ländern der globalen Minderheit, wie beispielsweise Deutschland. So arbeiten IZW-Mitarbeiter*innen beispielsweise in langfristigen Forschungsprojekten eng mit Forschern aus Afrika (z. B. Namibia, Tansania), Südostasien (z. B. Vietnam und Malaysia) und Südamerika (z. B. Brasilien, Chile) zusammen. In diesen Projekten sind wir bestrebt, eine Vielzahl lokaler Akteure einzubeziehen, darunter Wissenschaftler*innen, Mitglieder lokaler Gemeinschaften und andere Interessengruppen, die an den Forschungsthemen interessiert oder davon betroffen sind. Dieser kooperative Ansatz ermöglicht es uns, gemeinsam naturschutz- und forschungsrelevante Themen zu identifizieren, entsprechende Forschungsprojekte zu konzipieren und umzusetzen, Wissen und Lösungen gemeinsam zu erarbeiten, diese zu überprüfen und Forschungsergebnisse gemeinsam zu kommunizieren.

Ziel dieses Dokuments ist es, Wissenschaftler*innen dabei zu unterstützen, aus einer globalen wissenschaftlichen Perspektive kontinuierlich gerechte Forschungsprozesse und faire Partnerschaften aufzubauen, aufrechtzuerhalten und weiterzuentwickeln. Es behandelt die Grundsätze fairer Partnerschaften, den Aufbau und die Pflege dieser Kooperationen, die damit

verbundenen ethischen und rechtlichen Überlegungen, die Bedeutung eines sorgfältigen Sprachgebrauchs, das Konzept des Kapazitätsaufbaus bzw. der Kapazitätsteilung und schließlich die langfristige Beobachtung der Fortschritte in etablierten Partnerschaften.

3. Grundsätze fairer Zusammenarbeit

Wir empfehlen folgende Grundsätze für Kooperationen im Rahmen internationaler Partnerschaften:

Gegenseitiger Respekt und Vertrauen

Die Zusammenarbeit mit Projektbeteiligten unterschiedlicher Herkunft, unterschiedlichem Fachwissen und unterschiedlichen wissenschaftlichen Perspektiven kann Herausforderungen mit sich bringen. Gleichzeitig sind wir davon überzeugt, dass diese Vielfalt einen großen Wert für die Zusammenarbeit darstellt. Wir empfehlen daher, Partnerschaften aufzubauen, in denen alle Beiträge wertgeschätzt werden und die Zusammenarbeit von gegenseitigem Respekt und Vertrauen geprägt ist.

Gemeinsame Entscheidungsfindung und Führung

Wir empfehlen eine gemeinsame Entscheidungsfindung und geteilte Verantwortung bei Kooperationsprojekten. Dies bedeutet, alle Projektbeteiligten in die gemeinsame Konzeption und Umsetzung der Forschungsprojekte einzubeziehen. Transparenz in allen Entscheidungsprozessen ist wichtig, um gegenseitiges Vertrauen aufzubauen. Die Führung in solchen Projekten sollte geteilt oder auf verschiedene Arbeitsbereiche verteilt werden, wobei alle Projektbeteiligten Verantwortung für ihre jeweiligen Aufgaben übernehmen. Um eine ausgewogene Verteilung von Leitungsfunktionen und Verantwortung zu gewährleisten, ist es wichtig, Kompetenzen, Ressourcen und Entscheidungszuständigkeiten zu teilen. Dies ermöglicht es allen Beteiligten, sich wirksam einzubringen.

Gemeinsame Grundlagen finden

Wir empfehlen, alle Meinungen, Einschränkungen und Visionen anzuhören und anzuerkennen. Ziel sollte es sein, einen respektvollen Dialog zu führen, gemeinsame Ziele zu identifizieren und, wo nötig, Kompromisse zu finden. Sollten grundlegende Differenzen auftreten, plädieren wir dafür, Wege zur Konfliktlösung zu finden, die gegenseitigen Respekt und Wertschätzung wahren.

Zugang und Nutzen teilen

Wir sind der Überzeugung, dass der gleichberechtigte Zugang zu Daten und damit auch die gemeinsame Datenhoheit zentrale Säulen für den Aufbau fairer Partnerschaften sind. Dazu gehören auch der gleichberechtigte Zugang zu Forschungsergebnissen und deren Produkten, gemeinsame Entscheidungen darüber, wie Forschungsergebnisse in die Praxis umgesetzt werden, sowie die Aufteilung der daraus resultierenden Vorteile. Wir empfehlen daher, Fragen der gemeinsamen Datenhoheit mit der Rechtsabteilung der Einrichtung zu besprechen, um Wege zu finden, dieses Thema in die Zusammenarbeit zu integrieren (siehe Kapitel 5).

Kontinuierliches Lernen und Reflexion

Wir halten es für unerlässlich, Annahmen ständig zu hinterfragen und etablierte Formen der Zusammenarbeit kritisch zu überprüfen und anzupassen. Wir empfehlen, eine Kultur des

gemeinsamen Lernens und der kontinuierlichen Verbesserung zu fördern, in der sich alle Projektbeteiligten wohlfühlen, Verbesserungsvorschläge einzubringen und neue Vorgehensweisen auszuprobieren.

Langfristige Perspektive

Um Vertrauen aufzubauen, sicherzustellen, dass alle Beteiligten von gemeinsamen Projekten profitieren, und nachhaltige Wirkungen zu erzielen, ist es oft von Vorteil, langfristige Kooperationen zwischen den Partnerorganisationen aufzubauen. Langfristige Projekte sind nicht immer möglich, z. B. aufgrund der begrenzten Laufzeit von drittmittelfinanzierten Projekten. Dennoch ist es ratsam, stets mit einer langfristigen Perspektive zu arbeiten und bereits zu Beginn der Zusammenarbeit Maßnahmen zu besprechen, um lokale Gemeinschaften kontinuierlich zu unterstützen und lokalen Partnerorganisationen zu ermöglichen, nach Projektende auf den wichtigsten Ergebnissen der gemeinsamen Arbeit aufzubauen.

4. Aufbau von Partnerschaften

4.1. Frühzeitige Identifizierung und Einbindung lokaler Forschenden und Institutionen

Wenn sich die kulturellen Hintergründe der Projektbeteiligten erheblich unterscheiden, empfehlen wir, diese bereits lange vor der geplanten Ausarbeitung einer Kooperationsvereinbarung oder eines Projektantrags anzusprechen. Potenzielle Partnerorganisationen und Interessengruppen können Wissenschaftler*innen, lokale Gemeinschaften, Berufs- und Sportjäger*innen, Bürger*innen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Regierungen, Nationalparkbehörden, Wildtiermanager*innen, Politiker*innen oder jede andere Gruppe sein, die einen sinnvollen Beitrag zum geplanten Projekt leisten kann.

Schritt 1: Projektstart

Es kann sinnvoll sein, mit einem kleineren Projekt zu beginnen, das klare Ziele, wenige Partnerorganisationen und einen begrenzten Zeitrahmen hat. In der anfänglichen Planungsphase müssen oft viele Entscheidungen getroffen und gegenseitiges Vertrauen aufgebaut werden; daher sollte diese kritische Phase hinsichtlich der Arbeitspakete und Zuständigkeiten überschaubar sein. Ist die Zusammenarbeit erfolgreich, sind die Projektbeteiligten wahrscheinlich besser darauf vorbereitet, große und langfristige Forschungsprogramme untereinander und mit weiteren Partnerorganisationen zu entwickeln.

Die Zusammenarbeit mit neuen Partnerorganisationen und Interessengruppen erfordert eine offene Haltung. Es ist hilfreich zu akzeptieren, dass es unterschiedliche Sichtweisen auf allgemeine Begriffe wie „Naturschutz“, „Konflikt“ oder „Artenvielfalt“ geben kann. Beispielsweise könnten Forschende den Anstieg einer Raubtierpopulation in Verbindung mit Strategien zur Minderung von Mensch-Raubtier-Konflikten als wertvolles Ergebnis des Projekts bewerten, während lokale Gemeinschaften den Rückgang der Raubtierpopulation oder die Entwicklung eines Entschädigungssystems für Verluste an Nutztieren als die wirksamste Konfliktlösung ansehen könnten. Die Regierung wiederum könnte eine Zunahme der Raubtierpopulation unterstützen, jedoch kein Entschädigungssystem, da es schwierig ist, die Ursache für Viehverluste nachzuweisen, oder weil die finanziellen Mittel fehlen. Darüber hinaus könnten Partnerorganisationen und Interessengruppen die Bedeutung verschiedener Projektaspekte unterschiedlich bewerten. Beispielsweise könnten Wissenschaftler*innen den Gewinn an wissenschaftlichen Erkenntnissen und die Veröffentlichung in renommierten Fachzeitschriften als sehr wichtig erachten, während lokale Gemeinschaften und Wildtiermanager*innen die Anwendung und die Auswirkungen der Ergebnisse als am wichtigsten ansehen und die Regierung sowie lokale Universitäten den Kapazitätsaufbau und die Entwicklung als am wichtigsten erachten könnten.

Es erscheint daher sinnvoll, dass in dieser ersten Planungsphase alle Partnerorganisationen und Interessengruppen genügend Zeit und Gelegenheit haben, ihre Ansichten, Meinungen, Erwartungen, Wünsche und Bedenken zu äußern. Wir sind der Ansicht, dass es in dieser Phase lohnenswert ist, alle Beteiligten dazu anzuregen, die verschiedenen Standpunkte zu würdigen und möglicherweise ihre eigenen Annahmen hinsichtlich der Bedeutung verschiedener Forschungsthemen und -ergebnisse zu reflektieren. Diese Phase dürfte entscheidend für das

gegenseitige Verständnis und den Aufbau von Vertrauen sein. Während dieses Prozesses sollten wir uns an das Sprichwort des griechischen Philosophen Epiktet erinnern:

„Wir haben zwei Ohren und einen Mund, damit wir doppelt so viel zuhören können, wie wir sprechen.“

Schritt 2: Festlegung des gemeinsamen Projektziels

Wir schlagen vor, dass die Partnerorganisationen und Interessengruppen in der nächsten Phase unter Berücksichtigung der verschiedenen Standpunkte das gemeinsame Ziel des Projekts definieren. Das ist einfach, wenn es keine widersprüchlichen Ziele zwischen den Partnerorganisationen gibt, beispielsweise wenn sich alle Parteien einig sind, die GPS-Standorte von gefundenen Drahtschlingen von Wilderern in einem bestimmten Waldgebiet zu nutzen, um in anderen Waldgebieten potentielle Orte für Drahtschlingen vorherzusagen und dort verstärkte Patrouillen durchzuführen. Gibt es jedoch mehrere widersprüchliche Ziele (siehe Beispiel zum Konflikt zwischen Mensch und Raubtier weiter oben), muss ein Kompromiss gefunden werden. Dies kann eine Herausforderung sein, aber wir erachten die Kompromissfindung als wichtig, um sicherzustellen, dass sich alle Projektbeteiligten eingebunden fühlen und gemeinsam handeln. Der Kompromiss kann im Laufe des Projekts überarbeitet werden, wenn erste Ergebnisse vorliegen, doch zu Beginn des Projekts sollten sich alle Parteien auf ein gemeinsames Ziel einigen.

Schritt 3: Festlegung der Rollen und Zuständigkeiten aller Beteiligten

In der nächsten Phase schlagen wir vor, dass die Projektbeteiligten ihre Rollen und Zuständigkeiten festlegen. Es ist wichtig, dass diese Aufgaben mit den Kompetenzen der Beteiligten vereinbar sind und ihren Präferenzen und Funktionen entsprechen. Zu den Rollen und Zuständigkeiten können unter anderem das Verfassen von Anträgen, die Einwerbung von Fördermitteln, die Planung des Studiendesigns, die Datenerhebung, die Feldarbeit, die Probenentnahme, die Durchführung von Befragungen, Laboranalysen, Datenanalysen, Lehrtätigkeiten, das Verfassen wissenschaftlicher und nicht-wissenschaftlicher Berichte, die Kommunikation von Ergebnissen, die Zusammenarbeit mit den Medien und vieles mehr gehören. Wir halten es für wichtig anzuerkennen, dass alle Aufgaben wertvoll und für das Projekt relevant sind und dass die Beteiligten unterschiedlich viel Zeit in das Projekt investieren werden. Darüber hinaus sollten sich die Partnerorganisationen darauf einigen, dass bestimmte Verantwortlichkeiten gemeinsam wahrgenommen werden müssen, wie beispielsweise die Gewährleistung ethischer und moralischer Standards oder die Einhaltung gesetzlicher Vorschriften, während andere bei nur einer Partnerorganisation liegen können.

Obwohl alle drei oben beschriebenen Schritte Teil der Vorbereitungsarbeit für ein potenziell erfolgreiches und vertrauenswürdiges Kooperationsprojekt sind, stellen Förderinstitutionen oft keine Mittel für solche Vorbereitungsarbeiten zur Verfügung. Dies bleibt eine Herausforderung und erfordert häufig eine Vorfinanzierung durch eine oder mehrere Partnerorganisationen, insbesondere wenn ein persönliches Treffen oder ein Besuch vor Ort geplant ist. Dieser Nachteil könnte in Zukunft abnehmen, da Förderinstitutionen allmählich die Bedeutung solcher Vorbereitungsarbeiten erkennen.

4.2. Gewährleistung eines gerechten Zugangs zu Ressourcen und Finanzmitteln

Zwei wichtige Bestandteile jedes Projektantrags sind die Budgetplanung und die Aufteilung des Budgets unter den Partnerorganisationen. Hier müssen alle Projektbeteiligten gemeinsam die Budgetverteilung erörtern und vereinbaren. Wenn die Zahlung von Gehältern aus dem Budget vorgesehen ist, empfehlen wir, offen zu besprechen, dass die Gehälter den üblichen Sätzen in den Ländern entsprechen, in denen die Projektbeteiligten ansässig sind. Sind gegenseitige Besuche von mehreren Wochen oder Monaten in den verschiedenen Ländern geplant, müssen die unterschiedlichen Lebenshaltungskosten in den Partnerländern berücksichtigt werden. In solchen Fällen reichen die Gehälter möglicherweise nicht aus, um die Lebenshaltungskosten im Gastland zu decken; daher sollten zusätzliche Mittel zur Unterstützung der Besuche bereitgestellt werden.

Gegenseitige Besuche haben für die Partnerorganisationen wahrscheinlich unterschiedliche Ziele. Projektbeteiligte aus Ländern der globalen Minderheiten^b besuchen die Projekte vor Ort beispielsweise um die lokalen Gegebenheiten, die Herausforderungen, die akademischen Strukturen, die politischen Rahmenbedingungen und die Kulturen besser zu verstehen. Ein Besuch von wenigen Tagen oder Wochen reicht oft nicht aus, um die gesamte Komplexität zu erfassen, daher könnten wiederholte Besuche sinnvoll sein. Sollen lokale Studierende oder Projektbeteiligte vor Ort geschult werden, um Forschung nach hohen Qualitätsstandards für einen akademischen Abschluss zu betreiben, ist es von Vorteil, einen mehrmonatigen Aufenthalt einzuplanen, je nach Aufgabenstellung auch mehrmals. Studierende und Projektbeteiligte sollten mit der notwendigen Ausrüstung ausgestattet und den Sicherheitsanweisungen zur Durchführung der Aufgaben vertraut gemacht werden; daher müssen ihnen angemessene Mittel zur Verfügung gestellt werden. Auch für Projekte, die sich mit Konflikten zwischen Mensch und Wildtieren befassen, kann es sinnvoll sein, längere Aufenthalte einzuplanen, da solche Projekte ein umfassendes Verständnis der Konflikt-Wahrnehmung betroffener Personen erfordern. Diese Wahrnehmung kann zwischen verschiedenen Partnerorganisationen oder sogar innerhalb einer Partnergruppe unterschiedlich sein. Solche Besuche bieten jedoch auch die Möglichkeit, den Blick auf weitere Forschungsfragen zu erweitern, die sich im Laufe von Diskussionen und beim Austausch von Ideen ergeben können. Die Erörterung neuer Ideen im realen Umfeld des Projekts kann für alle Beteiligten von großem Nutzen sein und stärkt das gegenseitige Vertrauen.

Projektbeteiligte aus Ländern der globalen Mehrheit, die Beteiligte in Ländern der globalen Minderheit besuchen, haben möglicherweise andere Prioritäten und möchten in erster Linie Kenntnisse über bestimmte Labortechniken oder fortgeschrittene Datenanalysen erwerben, die in ihren Heimatländern nicht oder noch nicht verfügbar sind (siehe Kapitel 6). Diese Besuche sollten zudem für einen angemessenen Zeitraum geplant werden, etwa für mehrere Wochen oder Monate, möglicherweise im Rahmen von Promotionsprojekten. Besucher aus Ländern der globalen Mehrheit befinden sich möglicherweise zum ersten Mal in einem Land der globalen Minderheit und fühlen sich in der neuen Umgebung und Kultur allein gelassen.

^b Siehe die obige Definition der globalen Mehrheit. Wir verwenden hier den Begriff „globale Minderheit“ in Bezug auf Länder mit hohem Einkommen und gehen davon aus, dass Länder der globalen Minderheit wahrscheinlich über besser entwickelte wissenschaftliche (Infra-)Strukturen verfügen als Länder der globalen Mehrheit.

Daher ist es wichtig, nicht nur finanzielle, sondern auch soziale Unterstützung zu leisten. Dies erfordert ein proaktives Engagement des Gastgebers und die Einbindung eines größeren Kreises, um ein einladendes und angenehmes Umfeld zu schaffen.

4.3. Machtungleichgewichte erkennen und angehen

Partnerorganisationen und Interessengruppen aus Ländern der globalen Minderheit und der globalen Mehrheit nehmen möglicherweise ein Ungleichgewicht in Bezug auf akademisches Wissen und den Zugang zu Förderinstitutionen wahr. Diese Wahrnehmung dürfte in den meisten Fällen zutreffend sein, und es ist hilfreich, das bestehende Ungleichgewicht anzuerkennen. Es lässt sich jedoch abmildern, wenn alle Beteiligten erkennen, dass Wissen beispielsweise aus vielen Aspekten besteht, die über das akademische Wissen hinausgehen. Dazu gehören auch lokales, kulturelles, politisches und indigenes Wissen, die alle für ein erfolgreiches Kooperationsprojekt von entscheidender Bedeutung sind. Darüber hinaus fördern gegenseitige Besuche den Wissensaustausch und vermitteln Einblicke in die Struktur von Fördermöglichkeiten und politische Rahmenbedingungen in den kooperierenden Ländern.

5. Ethische und rechtliche Gesichtspunkte

5.1. Erkennung der Lücke: Problem und Vision

Internationale Forschungskooperationen sehen sich häufig mit rechtlichen und ethischen Unklarheiten konfrontiert, wenn es um das Eigentum und die Nutzung von Daten geht. Zwar gibt es einige internationale Instrumente – insbesondere das Nagoya-Protokoll¹⁰, das den Zugang zu genetischen Ressourcen und traditionellem Wissen sowie den Vorteilsausgleich regelt –, doch fallen viele Daten, die üblicherweise in der ökologischen Forschung erhoben werden, außerhalb dieses rechtlichen Rahmens. Dazu gehören unter anderem Tierbeobachtungen, Bilder von Kamerafallen, akustische Aufzeichnungen und Umweltmetadaten.

Am IZW erkennen wir diese Lücke an und setzen uns für ein umfassenderes Verständnis von Fairness in der internationalen Forschung ein. Wir sind der Ansicht, dass alle in einem Partnerland erhobenen Daten – unabhängig davon, ob sie unter formelle Rechtsinstrumente fallen – gemeinsam mit nationalen Institutionen, Schutzgebietsbehörden oder lokalen Gemeinschaften verwaltet werden und gemeinsames Eigentum sein sollten. Dieses Kapitel zeigt auf, wie dieses Prinzip durch geeignete rechtliche Vereinbarungen, ethische Regelungen zur Urheberschaft und eine gemeinsame Datenverwaltung in die Praxis umgesetzt werden kann.

5.2. Einhaltung lokaler und internationaler Rahmenbedingungen

Die Einhaltung gesetzlicher Vorschriften bildet die Grundlage jeder internationalen Forschung. Dazu gehört die Beachtung nationaler Gesetze in Bezug auf Forschungsgenehmigungen, Schutzgebiete, Datenaustausch und den ethischen Umgang mit Wildtieren. Auf internationaler Ebene spielt das Nagoya-Protokoll eine zentrale Rolle dabei, den Zugang zu genetischen Ressourcen fair zu regeln und sicherzustellen, dass die daraus entstehenden Vorteile mit den Ländern, die die genetischen Ressourcen bereitstellen, geteilt werden.

Obwohl das Nagoya-Protokoll nur für Forschungsvorhaben gilt, bei denen genetische Ressourcen oder damit verbundenes traditionelles Wissen aus einem anderen Land genutzt werden, sollten die ihm zugrundeliegenden Grundsätze von Fairness, Transparenz und Vorteilsausgleich auch für anderen Forschungsvorhaben gewahrt bleiben. Wir schlagen daher vor, diese Grundsätze auf alle im Ausland erhobenen Daten bzw. Datentypen auszuweiten. Auch wenn keine rechtlichen Verpflichtungen bestehen, empfehlen wir, dass solche Daten im gemeinsamen Eigentum der eigenen Einrichtung und der Institutionen oder Behörden des Gastlandes stehen. Diese ethische Haltung stärkt das Vertrauen, fördert langfristige Partnerschaften und trägt dazu bei, die Vorteile der Forschung gerechter zu teilen.

5.3. Die Herausforderung bei Unteraufträgen und des Dateneigentums

In vielen unserer Projekte erfordern finanzielle und administrative Rahmenbedingungen den Einsatz von Unteraufträgen, um Mittel an lokale Partnerorganisationen weiterzuleiten und gemeinsame Forschungsaktivitäten durchzuführen. Auch wenn dies häufig der praktischste Ansatz ist, sind Standard-Unterauftragsvereinbarungen rechtlich als Dienstleistungsverträge

ausgestaltet. Diese Verträge übertragen in der Regel das Eigentum an allen daraus resultierenden Daten und Ergebnissen an die auftraggebende Einrichtung – in diesem Fall an unsere Einrichtung. Aus rechtlicher (und wirtschaftlicher) Sicht ist ein Unterauftragnehmer damit eher ein Dienstleister als ein Forschungspartner, was im direkten Widerspruch zu unseren institutionellen Werten steht.

Um diesem Spannungsverhältnis Rechnung zu tragen, empfehlen wir, ergänzende Vereinbarungen auszuarbeiten, die den Unteraufträgen beigelegt werden. Diese können in Form von Nachträgen zur gemeinsamen Eigentümerschaft oder einvernehmlich vereinbarten Protokollen erfolgen, in denen die gemeinsame Datenverwaltung, der langfristige Zugang sowie die Bedingungen für Veröffentlichung und Wiederverwendung festgelegt werden. Dies ermöglicht es uns, sowohl unseren ethischen Grundsätzen als auch den rechtlichen Anforderungen gerecht zu werden und stellt sicher, dass in einem Partnerland erhobene Daten nicht einfach extrahiert, sondern gemeinsam genutzt und verwaltet werden.

5.4. Datenaustausch, Urheberschaft und geistiges Eigentum

Datenaustausch, Urheberschaft und Rechte an geistigem Eigentum unterliegen häufig nationalen Vorschriften, und unsere Arbeit muss diesen gesetzlichen Anforderungen und lokalen Vorschriften entsprechen. In einigen Ländern verlangen die lokalen Behörden beispielsweise einen finanziellen Ausgleich für die Proben- und Datenerhebung.

Über die Einhaltung gesetzlicher Vorschriften hinaus kann ein durchdachter und inklusiver Ansatz bei der Urheberschaft und der Zuordnung von Daten zu einer fairen und ethischen Forschung beitragen. Wir empfehlen, dass alle Forscher*innen, die wesentliche Beiträge leisten – einschließlich zur Studienkonzeption, Datenerhebung, Analyse und zum Verfassen von Texten –, für eine Mitautorenschaft in Betracht gezogen werden. Dazu gehören auch Personen, die wesentliches Kontextwissen, logistische Fachkenntnisse oder einen kontinuierlichen Beitrag während der Feldarbeit leisten, sofern ihr Beitrag die Datenqualität oder die Projektergebnisse beeinflusst. Bei Feldprojekten sind solche Beiträge oft entscheidend, werden jedoch leicht übersehen. Feldassistent*innen, technisches Personal und andere Mitwirkende, die die Kriterien für eine Mitautorenschaft nicht erfüllen, sollten in allen Veröffentlichungen und Präsentationen angemessen gewürdigt werden, um den Wert ihrer Arbeit und ihres lokalen Wissens anzuerkennen.

Fotos, Videoaufnahmen und andere Formen geistigen Eigentums, die vor Ort entstehen, verdienen ebenfalls besondere Beachtung. Während das Urheberrecht in der Regel beim Urheber liegt (z. B. bei der Person, die ein Foto aufnimmt), empfehlen wir, dass Fotos, Videos oder andere Formen geistigen Eigentums, die während der Feldarbeit entstehen, zusätzlich im Miteigentum der zuständigen Behörden (z. B. Nationalparks) oder nationalen Institutionen stehen. Insbesondere wenn das Material öffentlich genutzt wird (z. B. in Pressemitteilungen, auf Websites oder in sozialen Medien), sollten lokale Partnerorganisationen einbezogen und angemessen gewürdigt werden. Schließlich zeigen diese Materialien oft Wildtiere oder Landschaften, die unter die rechtliche Zuständigkeit und Hoheit des Gastlandes fallen.

Um eine faire Nutzung und Anerkennung zu gewährleisten, empfehlen wir, für solche im Feld erzeugten geistigen Eigentumsrechte Vereinbarungen über Miteigentum oder gemeinsame

Lizenzen zu treffen. Diese Vereinbarungen können gemeinsame Entscheidungen beinhalten, wo Materialien gespeichert und wie sie genutzt werden, die Anwendung von Creative-Commons-Lizenzen, die eine nichtkommerzielle Nutzung mit angemessener Namensnennung erlauben, sowie Protokolle zur Einholung von Genehmigungen vor der Veröffentlichung sensibler Inhalte. Rechte an geistigem Eigentum sollten den kooperativen und ortsspezifischen Charakter der Feldforschung widerspiegeln und nicht automatisch bei einzelnen Forschenden oder deren Institution liegen.

Wenn Projekte auslaufen, sollte eine verantwortungsvolle und transparente Übergabe von Daten, Wissen und geistigem Eigentum stattfinden. Dazu gehört auch, sicherzustellen, dass alle Partnerorganisationen gemäß den vorherigen Vereinbarungen angemessene Zugriffsrechte auf gemeinsam erzeugte Daten und Materialien behalten. Es ist ebenso wichtig, über die formelle Projektlaufzeit hinaus klare Ansprechpersonen beizubehalten oder – falls Personen ihre Einrichtungen verlassen – Verantwortlichkeiten klar zu übertragen, um die Kontinuität zu gewährleisten. Solche Vereinbarungen tragen dazu bei, eine langfristige, kooperative und einvernehmliche Nutzung gemeinsamer Daten und geistigen Eigentums zu sichern und damit dem dauerhaften Charakter gerechter Forschungspartnerschaften Rechnung zu tragen.

5.5. Gerechte Aufteilung der Vorteile über genetische Ressourcen hinaus

Unser vorgeschlagener Ansatz erweitert die Grundsätze des Zugangs und der Vorteilsaufteilung auf alle Formen von Daten, nicht nur auf diejenigen, die unter das Nagoya-Protokoll fallen. Nicht-monetäre Vorteile können viele Formen annehmen: Mitautorenschaft, gemeinsame Eigentumsrechte und Kontrolle über Datenrepositorien, Ausbildungsmöglichkeiten für Nachwuchswissenschaftler*innen, verbesserte Chancen auf lokale Fördermittel oder materielle Investitionen in die lokale Forschungsinfrastruktur. Ebenso wichtig sind Vorteile auf kommunaler Ebene, wie beispielsweise Informationsmaterialien in lokalen Sprachen, lokal relevante Forschungszusammenfassungen und partizipative Workshops zur Weitergabe von Forschungsergebnissen (siehe Kapitel 6).

Wann immer möglich, sollten diese Vorteile schriftlich festgehalten werden, entweder durch eigenständige Vereinbarungen zur Vorteilsaufteilung oder als Teil von Vereinbarungen zur Datenweitergabe. Die Vorteilsaufteilung sollte als grundlegender Aspekt einer gerechten Zusammenarbeit verstanden werden, bei der der Aufwand, das wesentliche Fachwissen und die Beiträge lokaler Partnerorganisationen zur Ermöglichung hochwertiger wissenschaftlicher Forschung anerkannt werden.

5.6. Der Weg in die Zukunft: Transparenz, Gerechtigkeit und Rechenschaftspflicht

Am IZW sind wir uns unserer Verantwortung bewusst, hohe ethische Standards zu wahren und zu fördern, insbesondere in Kontexten, in denen klare internationale Vorschriften für nicht-genetische Daten fehlen. Wir schlagen vor, die nationale Souveränität über alle Arten von Daten zu respektieren, Grundsätze der Gerechtigkeit in Verträge, Regelungen zur Urheberschaft und die Datenverwaltung zu integrieren sowie Partnerschaften aufzubauen, die auf gegenseitigem Vertrauen, Transparenz und gemeinsamer Verantwortung für Wissen beruhen.

Die Ausrichtung unserer Forschungspraktiken an diesen Werten dürfte zu einer gerechteren wissenschaftlichen Zusammenarbeit beitragen. Wir sind davon überzeugt, dass dies nicht nur vertrauensvolle Partnerschaften stärkt, sondern auch die Qualität, Integrität und die breitere Wirkung gemeinsamer Forschung verbessert.

6. Kapazitätsaustausch und Nachhaltigkeit

Kapazitätsaufbau wird als der Prozess definiert, durch den die Kompetenzen, Fähigkeiten und Ressourcen entwickelt und gestärkt werden, die Organisationen und Gemeinschaften benötigen, um in einer sich schnell verändernden Welt zu bestehen, sich anzupassen und weiterzuentwickeln. Solche Aktivitäten werden insbesondere im Rahmen der von den Vereinten Nationen definierten Ziele für nachhaltige Entwicklung gefordert (insbesondere die Unterziele 17.16–17.19).

Die Empfehlung, den Kapazitätsaufbau in internationale Forschungskooperationen einzubeziehen, hat den zusätzlichen Effekt direkt dazu beizutragen, „Parachute Science“ abzuschwächen bzw. zu vermeiden. Der Begriff „Aufbau“ impliziert jedoch, dass das Partnerland lediglich Wissen und Ressourcen empfängt. Dabei wird die Bedeutung von Erfahrungswissen sowie lokalem und indigenem Wissen leicht übersehen. Daher sollte „Kapazitätsaufbau“ in den meisten Fällen durch „Kapazitätsaustausch“ ersetzt werden.

Während der Kapazitätsaufbau darauf abzielt, neues Wissen, neue Fähigkeiten und neue Infrastruktur dort zu entwickeln und zu stärken, wo diese fehlen, ist sein Ansatz in der Regel unidirektional. Er umfasst typischerweise Schulungen, die Bereitstellung von Ressourcen oder institutionelle Unterstützung für Einzelpersonen oder Organisationen mit geringeren vorhandenen Kapazitäten. Kapazitätsaustausch hingegen bezeichnet einen gegenseitigen Austausch von Wissen, Fähigkeiten und Ressourcen zwischen Partnerorganisationen. Dabei wird anerkannt, dass alle Beteiligten wertvolle Kapazitäten einbringen, die miteinander geteilt werden können. Es handelt sich somit um bidirektionale Prozesse, bei denen Partnerschaft, gemeinsames Lernen, gemeinsame Verantwortung für Daten und die Anerkennung unterschiedlicher Formen von Fachwissen im Vordergrund stehen.

Verschiedene Veröffentlichungen (Asase et al. 2022, de Vos 2022) erkennen den Wert des Kapazitätsaufbaus an, insbesondere auf individueller und organisatorischer Ebene. Unserer Meinung nach fehlen diesem Konzept jedoch mehrere Grundsätze einer fairen Zusammenarbeit, wie beispielsweise die Suche nach Gemeinsamkeiten oder das kontinuierliche Lernen aller Projektbeteiligten (siehe Kapitel 3 und 8).

Die Stärkung der lokalen Forschungsinfrastruktur und die Ausbildung sind unerlässlich für den Aufbau nachhaltiger und eigenständiger Forschungsumgebungen. Dazu gehören Investitionen in die physische Infrastruktur (Laboratorien, Bibliotheken, Technologie sowie zuverlässige Systeme zur Datenformatierung und -speicherung) bei gleichzeitiger Gewährleistung des Zugangs zu digitalen Ressourcen und globalen Netzwerken. Ebenso wichtig ist die Ausbildung lokaler Wissenschaftler*innen in verschiedenen Phasen ihrer Karriere durch Mentoring, Workshops und akademische Austauschprogramme. So trägt beispielsweise die Schaffung eines breiten Pools lokaler und nationaler Wissenschaftler*innen und deren Ausbildung auf hohem Niveau (z. B. Master und Promotion) zum Aufbau einer qualifizierten und eigenständigen lokalen Forschungsgemeinschaft bei und war ein Leitprinzip vieler unserer langfristigen Projekte.

Wenn lokales Wissen und Fachkompetenz wertgeschätzt werden, können die gemeinsame Entwicklung von Fragestellungen und Lösungsansätzen sowie die gemeinsame Gestaltung des

Wissenstransfers zu gegenseitigem Respekt, Vertrauen und Eigenverantwortung für den Forschungsprozess beitragen. Dies hilft, ausbeuterische Praktiken zu vermeiden, und stellt sicher, dass Forschungsergebnisse in praktische Anwendungen und politische Veränderungen umgesetzt werden. Dieser Ansatz fördert Gerechtigkeit in Forschungspartnerschaften, unterstützt den bidirektionalen Kapazitätsaustausch, einen gleichberechtigten Zugang sowie die nachhaltige Nutzung von Ressourcen und Mitteln, beispielsweise durch eine klare Definition der Bedürfnisse und Wünsche der lokalen Partnerorganisationen. Gleichzeitig erhöht er die Wahrscheinlichkeit, dass Forschungsergebnisse in die lokale Politik einfließen. Wir sind überzeugt, dass die gemeinsame Entwicklung von Forschungsagenden zu wirkungsvolleren und nachhaltigeren Ergebnissen führt, von denen die beteiligten Gemeinschaften tatsächlich profitieren.

Um dauerhafte Veränderungen zu erreichen, empfehlen wir, Forschungsvorhaben mit Blick auf ihre langfristigen Auswirkungen zu konzipieren. Dazu gehören der Aufbau nachhaltiger institutioneller Partnerschaften, die Stärkung lokaler Institutionen und Infrastrukturen sowie die Förderung des Erhalts und der Weiterentwicklung vorhandener Kapazitäten. Darüber hinaus schlagen wir vor, den Wissenstransfer und -austausch über das Projektkonsortium hinaus zu fördern. Ziel sollte es sein, das in gemeinsamen Projekten generierte Wissen in Formate zu übertragen, die es für lokale Akteure (z. B. politische Entscheidungsträger*innen, Bildungseinrichtungen, lokale Unternehmen und NGOs) und Gemeinschaften zugänglich und nutzbar machen. Außerdem empfehlen wir, relevante Akteursgruppen einzubeziehen und ihre Bedürfnisse und Perspektiven zu berücksichtigen, um die Relevanz und Akzeptanz der gemeinsamen Forschung zu erhöhen.

Zu den wichtigsten Strategien gehören die gemeinsame Erarbeitung von Empfehlungen mit den Akteursgruppen, die Unterstützung der Entwicklung von Infrastruktur und Führungskompetenzen sowie die Sicherstellung, dass Daten und Ergebnisse über die Projektlaufzeit hinaus zugänglich und nutzbar bleiben. Es ist hilfreich, Mechanismen für den weiteren Ausbau einzurichten, wie beispielsweise eine kontinuierliche Zusammenarbeit und Weiterbildung, lokale Finanzierungswege oder die Einbindung in politische Prozesse, um erfolgreiche Maßnahmen auszuweiten. Letztendlich hängt die langfristige Wirkung davon ab, dass ein Wandel vom projektbezogenen hin zu einem systemorientierten Denken vollzogen wird, bei dem Forschung die Praxis beeinflusst, lokale Akteursgruppen stärkt und im Laufe der Zeit zu einer nachhaltigen Entwicklung beiträgt.

7. Sprache und Kommunikation

Sprache hat eine enorme und oft stark unterschätzte Kraft. Sie spiegelt unsere Sicht auf die Welt wider und prägt und formt diese gleichzeitig immer wieder neu – etwa indem sie beeinflusst, wer Macht hat, wessen Wissen zählt und wessen Stimmen gehört werden. Auch im Kontext der globalen Wissenschaft geht es bei Sprache daher nicht nur um Wörter, sondern darum, möglicherweise verinnerlichte hierarchische Narrative aufzubrechen und die Voraussetzungen für wirklich inklusive und gerechte Partnerschaften und Zusammenarbeit zu schaffen.

Dennoch sind wir uns bewusst, dass wir unsere Leitlinien zuerst auf Englisch und Deutsch verfasst haben, Sprachen von (ehemaligen) Kolonialmächten. Wir unterstützen aber auch den Gedanken, dass es neben den zahlreichen Muttersprachen eine verbindende Sprache geben sollte, die im wissenschaftlichen Bereich derzeit das Englische ist. Einzelne Institutionen können die Dominanz des Englischen zwar nicht überwinden, doch mit bewussten Anstrengungen können sprachliche Barrieren abgebaut und Forschungsprozesse sowie -ergebnisse zugänglicher und inklusiver gestaltet werden. Angesichts der sich stetig weiterentwickelnden Übersetzungstools könnte die Dominanz des Englischen in Zukunft möglicherweise abnehmen und andere Sprachen könnten im wissenschaftlichen Bereich an Bedeutung gewinnen.

7.1. Vermeidung kolonialistischer und paternalistischer Sprache

Gegenseitiger Respekt und kulturelle Demut sind der Schlüssel zu fairen multinationalen wissenschaftlichen Kooperationen. Das bedeutet, lokales und indigenes Wissen sowie unterschiedliche Wissenssysteme aktiv anzuerkennen und als wesentliche Bestandteile der Wissenschaft wertzuschätzen, anstatt sie als ergänzend oder nebensächlich zu betrachten. Um Vorstellungen intellektueller Überlegenheit zu vermeiden, sollte man der Zusammenarbeit mit Offenheit und der Bereitschaft zum Lernen begegnen, anstatt andere zu belehren oder „zu verbessern“. Sprache spielt in diesem Prozess eine Schlüsselrolle – sie kann Machtungleichgewichte verstärken oder dazu beitragen, sie abzubauen.

Wir empfehlen daher, eine Sprache zu verwenden, die Gleichberechtigung und Partnerschaft widerspiegelt, und Begriffe zu vermeiden, die Hierarchien oder Unzulänglichkeiten suggerieren. So können beispielsweise Formulierungen wie „Kapazitätsaufbau“ unbeabsichtigt implizieren, dass Gemeinschaften Wissen oder Fähigkeiten fehlen. Stattdessen plädieren wir für Begriffe wie „Kapazitätsaustausch“ oder „Wissensaustausch“, die Gegenseitigkeit und gegenseitiges Lernen betonen.

Die Zusammenarbeit mit lokalen und indigenen Gemeinschaften als gleichberechtigten Projektbeteiligte – und nicht als passiven Empfängern externen Fachwissens – ist grundlegend für eine ethisch fundierte und wirksame Wissenschaft. Die kritische Auseinandersetzung mit Begriffen und möglicherweise bislang unbewussten Narrativen kann dazu beitragen, die Naturschutzwissenschaft zu dekolonisieren und sicherzustellen, dass sie vielfältigen Stimmen und Perspektiven gerecht wird.

Tabelle 7.1. Einige Beispiele für koloniale und paternalistische Sprache sowie inklusivere Alternativen

Paternalistischer Begriff	Inklusive Alternative	Warum dies wichtig ist
Kapazitätsaufbau	Kapazitätsaustausch / Wissensaustausch / Gegenseitiges Lernen	Impliziert, dass einer Seite die Kapazitäten fehlen; übersieht vorhandenes Wissen und Stärken
Eine Stimme geben für...	Zuhören / Verstärken / Partnerschaften eingehen mit	Geht davon aus, dass die Menschen noch keine Stimme haben; stellt die Handlungsfähigkeit der Außenstehenden in den Mittelpunkt
Lokalen Gemeinschaften helfen, Naturschutzmaßnahmen zu ergreifen	Gemeinschaftsgeführtes Naturschutzengagement unterstützen / Partnerschaften zur verantwortungsvollen Bewirtschaftung eingehen	Impliziert, dass Außenstehende es am besten wissen; untergräbt die lokale Autonomie
Schulung lokaler Mitarbeiter*innen	Gemeinsame Workshops	Stellt Wissen als einseitig dar; ignoriert lokales Fachwissen
Aufklärung der Gemeinschaft	Einbindung der Gemeinschaft / Dialog / Gemeinsame Wissensbildung	Stellt die Gemeinschaften eher als passive Lernende denn als aktive Mitwirkende dar
Naturschutz nach ... bringen	Zusammenarbeit beim Naturschutz in ... / Unterstützung laufender Bemühungen	Impliziert, dass Naturschutz ohne externe Beteiligung nicht stattfindet

7.2. Förderung von Mehrsprachigkeit, Barrierefreiheit und inklusiver Kommunikation

Um der derzeitigen Praxis entgegenzuwirken, dass die meisten wissenschaftlichen Dokumente ausschließlich auf Englisch verfasst werden, und um die Barrierefreiheit zu erhöhen, schlagen wir vor, die Kommunikation in mehreren Sprachen zu unterstützen. Dazu gehören wichtige Materialien wie Einwilligungserklärungen, Berichte, Sitzungsprotokolle, Videomaterial sowie Presse- und Social-Media-Inhalte, die nach Möglichkeit in den lokalen Sprachen und den Sprachen der Partnerorganisationen zur Verfügung gestellt werden sollten. Dies fördert die Inklusion und würdigt die sprachliche Vielfalt aller Beteiligten.

Wir empfehlen, Englisch nicht grundsätzlich als Standardsprache vorauszusetzen, sondern stattdessen Dolmetsch- und Übersetzungsdienste sowie zwei- oder mehrsprachige Dokumentation zu unterstützen. Darüber hinaus lässt sich die Barrierefreiheit verbessern, indem eine einfache Sprache verwendet wird, Fachjargon vermieden und verschiedene Formate (z. B. visuelle Darstellungen oder leicht verständliche Versionen) für die Vermittlung von Informationen genutzt werden. Dieser Ansatz verbessert nicht nur das Verständnis und das Vertrauen, sondern spiegelt auch den Respekt vor den kulturellen und sprachlichen Identitäten aller Beteiligten wider.

7.3. Sprache, Offenheit und kontinuierliches Lernen

In der internationalen Forschung sind Offenheit und die Bereitschaft, voneinander zu lernen, unerlässlich für vertrauensvolle Partnerschaften. Wir empfehlen, Raum für einen ehrlichen Dialog zu schaffen, in dem sich alle Beteiligten sicher fühlen, ihre Meinung zu äußern, Fragen zu stellen und sich intellektuell weiterzuentwickeln. Dazu gehört auch, uns selbst und anderen zu erlauben, Fehler zu machen, darüber nachzudenken und uns zu verbessern, ohne Angst vor Verurteilung zu haben. Anstatt als „Sprachpolizei“ aufzutreten, schlagen wir vor, eine Kultur des gegenseitigen Respekts und der Neugier zu fördern, in der kontinuierliches Lernen selbstverständlich ist und Freude bereitet.

8. Kontinuierliches Lernen für bessere und fairere Partnerschaften

8.1. Mechanismen zur Bewertung von Partnerschaften

Wir empfehlen, bereits in den frühesten Phasen der Projektentwicklung eng mit den Partnerorganisationen zusammenzuarbeiten, um Kooperationen gemeinsam zu gestalten und zu bewerten. Dabei ist es wichtig, dass Entscheidungen den unterschiedlichen ökologischen, geopolitischen, kulturellen und historischen Kontexten der jeweiligen Zusammenarbeit Rechnung tragen. Um dies zu unterstützen, schlagen wir adaptive Feedback-Mechanismen vor, die kontinuierliches Lernen, offene Kommunikation sowie die frühzeitige Erkennung und Lösung von Herausforderungen ermöglichen. So können Partnerschaften langfristig flexibel und widerstandsfähig bleiben.

Wir sind uns bewusst, dass internationale Kooperationen häufig mit einem ungleichen Zugang zu Finanzmitteln, Infrastruktur, Einfluss auf Entscheidungsprozesse und anderen Ressourcen einhergehen. Um diese Ungleichgewichte kritisch zu reflektieren und ihnen entgegenzuwirken, schlagen wir vor, regelmäßig Evaluierungssitzungen mit den Partnerorganisationen durchzuführen. Diese Sitzungen bieten einen geschützten Raum für ehrliches Feedback zu wahrgenommenen Machtverhältnissen, zur Fairness von Rollen und Verantwortlichkeiten sowie zur Repräsentation innerhalb der Zusammenarbeit.

Auf Grundlage dieses Feedbacks kann eine gemeinsame Reflexion dazu beitragen, die Zusammenarbeit so anzupassen, dass sie den gemeinsamen Erwartungen und Grundsätzen der Fairness besser entspricht. Als Teil dieses Prozesses empfehlen wir, bestehende Kooperationsvereinbarungen zwischen der eigenen Einrichtung und ihren internationalen Partnerorganisationen regelmäßig zu überprüfen, um sicherzustellen, dass sie angesichts der Entwicklung von Projekten und veränderter Rahmenbedingungen weiterhin transparent, fair und angemessen sind.

8.2. Konfliktlösung

In der Praxis sollte Konfliktlösung eher als fortlaufender und proaktiver Prozess denn als reaktive Maßnahme verstanden werden. Wir empfehlen, Bedenken frühzeitig anzusprechen, indem offene Kommunikation, regelmäßige Reflexion und eine Kultur gefördert werden, in der kritische Themen angesprochen werden können und sich alle Beteiligten dabei sicher fühlen. Konflikte sollten, wo immer möglich, direkt zwischen den beteiligten Parteien besprochen werden. Dabei sollte ausreichend Zeit und Raum vorgesehen werden, damit alle Perspektiven gehört und berücksichtigt werden.

Wenn Meinungsverschiedenheiten fortbestehen, raten wir zu einem moderierten Dialog, der Machtasymmetrien, institutionelle Zwänge und kulturelle Unterschiede berücksichtigt. Dabei können vertrauenswürdige Dritte innerhalb oder außerhalb der kooperierenden Institutionen einbezogen werden. Während des gesamten Prozesses sollte der Fokus auf gegenseitigem Lernen, Transparenz und der gemeinsamen Erarbeitung konstruktiver Lösungswege liegen, anstatt Schuld zuzuweisen. Konfliktlösung wird somit als gemeinsame Verantwortung und als Chance zur Stärkung gerechter, respektvoller und langfristiger Partnerschaften verstanden.

8.3. Engagement für kontinuierliche Verbesserung

Reflexion und Lernen sind sowohl auf individueller als auch auf kollektiver Ebene von zentraler Bedeutung und sollten als kontinuierliche Prozesse und nicht als einmalige Maßnahmen verstanden werden. Wir empfehlen, regelmäßig über die eigenen Praktiken, Partnerschaften und Auswirkungen zu reflektieren, dabei auf die Rückmeldungen aller Beteiligten zurückzugreifen und stets auf sich verändernde Kontexte, Machtdynamiken und institutionelle Zwänge zu achten.

Die durch Reflexion und Lernen gewonnenen Erkenntnisse sollten in umfassendere organisatorische Lernprozesse einfließen und die fortlaufende Weiterentwicklung institutioneller Richtlinien, Praktiken und Partnerschaftsnormen unterstützen. Auf diese Weise trägt kontinuierliche Verbesserung nicht nur zur Qualität und Fairness einzelner Kooperationen bei, sondern auch zu einer nachhaltigen und systemischen Wirkung für Mensch und Natur.

9. Literaturverzeichnis

1. Deutsche UNESCO-Kommission. *Gerechte wissenschaftliche Zusammenarbeit weltweit – Positionspapier der Deutschen UNESCO-Kommission*. (2024). <https://www.unesco.de/dokumente-und-hintergruende/publikationen/detail/equitable-scientific-cooperation-worldwide/>
2. HAG, CoLAB, GLOW, InSights, PIANGO & Pujiono Centre (2023), Gerechte Forschungspartnerschaften zwischen Forschern des Globalen Nordens und des Globalen Südens: So lässt es sich verwirklichen, Melbourne: HAG. (2023)
3. Humboldt-Residenzprogramm 2024. *Finanzierung einer gerechten Internationalisierung der Forschung – Empfehlungen für deutsche Förder- und Forschungseinrichtungen, die mit Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen (LMICs) zusammenarbeiten*. https://www.humboldt-foundation.de/fileadmin/Bewerben/Programme/Humboldt_Residency-Programm/Residency_2024/Funding_Equitable_Research_Internationalisation.pdf
4. MacKenzie, J. M. *Das Reich der Natur: Jagd, Naturschutz und britischer Imperialismus*. Manchester: Manchester University Press. (1989).
5. Laely, T., Meyer, M. & Schwere, R. Museumskooperation zwischen Afrika und Europa. Transcript Verlag, Bielefeld und Fountain Publisher, Kampala. (2018).
6. Asase, A., Mzumara-Gawa, T. I., Owino, J. O., Peterson, A. T. & Saupe, E. „Parachute Science“ durch „Global Science“ in Ökologie und Naturschutzbiologie ersetzen. *Conserv Sci Pract* **4**, e517 (2022).
7. Seth, S. Wissen an seinen Platz rücken: Wissenschaft, Kolonialismus und das Postkoloniale. *Postcolon Stud* **12**, 373–388 (2009).
8. de Vos, A. Fallschirme verstauen, Wissenschaft stärken. *Conserv Sci Pract* **4**, e12709 (2022).
9. Utset, E. Bekämpfung der „Fallschirmwissenschaft“ in Lateinamerika durch indigene Eigenverantwortung. *Conserv Biol* **38**, e14217 (2024).
10. Sekretariat des Übereinkommens über die biologische Vielfalt, Umweltprogramm der Vereinten Nationen. (2011). Das Nagoya-Protokoll über den Zugang und den Vorteilsausgleich. <https://www.cbd.int/abs/doc/protocol/nagoya-protocol-en.pdf>.